

**Bericht des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Gruppe im
Europäischen Parlament**

Dr. Werner Langen MdEP

24. Parteitag der CDU Deutschlands

13. – 15.11.2011 in Leipzig

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Dr. Werner Langen MdEP

Zwei Jahre nach Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages und kurz vor der Halbzeit der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments befindet sich die Europäische Union in einer veritablen institutionellen Krise. Die Überwindung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und die ausufernde Staatsverschuldung einiger Mitgliedsstaaten der Eurozone haben offen gelegt, dass die Europäische Union mit ihren Institutionen handlungsfähiger werden muss, will sie die weltweiten Herausforderungen meistern.

Der Lissabonner Vertrag hat die demokratische Substanz der europäischen Entscheidungen wesentlich gestärkt und damit die Handlungsfähigkeit verbessert. Was wir allerdings seit einiger Zeit erleben, lässt Zweifel aufkommen, ob dieser Weg in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union noch ausreichend unterstützt wird oder ob neue Formen der intergouvernementalen Zusammenarbeit in Zukunft die bewährte Gemeinschaftsmethode schleichend ablösen sollen. Die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament sehen diese Entwicklung mit Sorge.

Auch in unserer Partei mehren sich die Stimmen, die in einer verengten nationalen Sicht Deutschlands Verantwortung für Europa und speziell den Euro abstreiten wollen. Die Europäische Union mit Ihren heute 27 Mitgliedstaaten ist ein weltweit anerkanntes politisches Modell zur Sicherung von Frieden, Wohlstand und sozialem Ausgleich auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Überzeugungen für 500 Millionen Menschen auf unserem Kontinent. Viele europäische Errungenschaften sind allerdings selbstverständlich geworden.

Ständige Gipfeltreffen in immer kürzeren Abständen, das Auf und Ab der Märkte angesichts der gewaltigen Verschuldung einiger europäischer Staaten, das Medientrommelfeuer, das sich als krisenverstärkend darstellt, verunsichern immer mehr Menschen auch in unserem Land. Die Zustimmung zu Europa und zum Euro hat in den letzten Monaten erkennbar abgenommen, obwohl der Euro als unsere

gemeinsame europäische Währung nach innen mit sehr niedrigen Inflationsraten ebenso stabil ist wie nach außen mit einem hohen Außenwert gegenüber den wichtigsten Weltwährungen.

Es ist Zeit, eine nüchterne Bestandsaufnahme zu ziehen. Die CDU als die führende Europapartei stellt sich dieser Aufgabe. Für uns ist die Zukunft Europas weitaus mehr als nur eines von mehreren politischen Themen, sondern es ist Grundlage und Voraussetzung unseres Wohlstandes, unserer sozialen Sicherungssysteme und unserer Rolle in der Welt.

Der Gründungsmythos der römischen Verträge, die Überwindung der Erbfeindschaft und die Begründung der deutsch-französischen Freundschaft haben an Überzeugungskraft und Wirksamkeit eingebüßt. Die Herausforderungen und Chancen Europas in einer globalisierten Welt erfordern neue Antworten. **Die Mitgliedsstaaten Europas haben den Einigungsprozess überwiegend auf wirtschaftlichem Gebiet vorangetrieben.** Mit der Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes sind Grenzen beseitigt und ist Protektionismus zurück gedrängt worden. Dieser europäische Binnenmarkt ist ein politisches und wirtschaftliches Erfolgsmodell, von dem Deutschland als exportstarke Nation und als größter Mitgliedsstaat der Europäischen Union gelegen im Zentrum Europas besonders profitiert hat. Unsere Exportstärke heute beruht nicht unwesentlich auf der Integration des europäischen Binnenmarktes und der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit in der Europäischen Union.

Diese Erfolge für Frieden und Wohlstand herauszustellen, genügt längst nicht mehr. Wir sind gefordert, die Europäische Einigung in den Köpfen und Herzen der Menschen, vor allem der jüngeren Menschen, in Deutschland neu zu begründen. Für Protektionismus und Isolierung, für Kirchturmsdenken und professorale Besserwisserei ist kein Platz. Die Staatsschuldenkrise in vielen EU-Mitgliedstaaten hat deutlich gemacht, dass es klare Regeln geben muss, an die sich jeder zu halten hat, wenn man auf nationale Souveränität verzichtet und die Herausforderungen lösen will.

Die europäischen Verträge als Ergebnis eines Souveränitätsverzichts der Mitgliedsstaaten sind kein irgendwie geartetes oder vernachlässigbares Rechtsgebilde, über dessen gemeinsame Regeln man sich einfach hinwegsetzen kann, wenn es einem nicht passt. Europa kann kein dauerhaftes Erfolgsmodell bleiben, wenn wirtschaftliche, kulturelle, soziale und politische Unterschiede geleugnet oder über einen Kamm geschoren werden. Ein Europa, das jedes Detail bis ins Kleinste regeln will, aber dann die Durchführung und Einhaltung selbst der europäischen Grundregeln nicht durchsetzt und überwacht, wird das Vertrauen der Bürger auf Dauer nicht behalten können. Europa muss eine Rechtsgemeinschaft bleiben.

Um verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen, genügt es allerdings nicht, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Die Verantwortung beginnt im eigenen Haus, oder exakter ausgedrückt, bereits vor der eigenen Haustür.

Die Vertrauenskrise hat viele Ursachen. Interessengruppen und Lobbyisten verlangen nationale Sonderregelungen auch dort, wo längst europäisches Recht gilt und die Vergangenheit belegt hat, dass wir nur gemeinsam die Probleme lösen können.

Besitzstände auf unterschiedlichen Gebieten sind uns, auch uns Deutschen, lieb und teuer geworden. Die Agrar- und die Strukturpolitik der Europäischen Union, in die rund 80% des EU-Haushaltes fließen, dürfen auch nach deutschen Vorstellungen kaum verändert werden. Ob die Kohäsionspolitik im Süden Europas gescheitert ist oder nicht, auch wir Deutsche fordern die Fortführung der Förderprogramme. Ob alle Ausgleichszulagen für die Landwirte, die im Zuge der Reformen vor vielen Jahren eingeführt wurden, heute noch notwendig sind, darf erst überhaupt nicht diskutiert werden.

Diese Sichtweise setzt sich fort in der Europäischen Kommission. Deren kleinteiligen Verantwortungsbereiche seit dem Jahre 2005 mit 27 Kommissaren, die jeweils von den amtierenden Regierungen entsandt wurden, lässt das Bewusstsein als eigenständige, europäische Institution mit gemeinsamer Verantwortung zu handeln, in den Hintergrund treten.

In der Europäischen Kommission, die das alleinige Initiativrecht im Rahmen der Europäischen Verträge hat und der die Kontrolle der Einhaltung der Verträge gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof obliegt, fehlt seit langem der „rote Faden“. Führung wird lautstark propagiert, aber nicht tatsächlich ausgeübt. Der „Ressortegoismus“ innerhalb der Europäischen Kommission und die mangelnde Gesamtschau der politischen Initiativen und der Verantwortlichkeiten ist eines der Grundprobleme Europas geworden. Im Rat, der seit längerem nur unter deutsch-französischer Führung funktionieren kann, hat sich gezeigt, dass in Krisensituationen die Gemeinschaftsmethode, die demokratisch legitimiert und mit klaren Entscheidungsstrukturen ausgestattet ist, kaum noch zählt. Intergouvernementale Abkommen und neue Instrumente abseits der Europäischen Verträge sollen Lösungen bringen, die, so hören wir, sonst kaum möglich seien.

Ich will heute nicht die europarechtliche Substanz der unterschiedlichen Rettungsmaßnahmen für hochverschuldete Euroländer erörtern. Aber die Notwendigkeit, die Europäischen Verträge zu ändern und der Wirtschafts- und Währungsunion mehr Stabilität zu geben, so wie dies die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble seit längerem fordern, ist nicht von der Hand zu weisen.

Als Abgeordnete des Europäischen Parlaments hören wir immer wieder, ordentliche Gesetzgebung im Mitentscheidungsverfahren dauere zu lange und werfe zu viele Probleme auf. Ich kann aus meiner über 17-jährigen Zugehörigkeit zum Europäischen Parlament sagen und belegen, dass in der Vergangenheit in fast allen schwierigen Fragen die Ministerräte für Verzögerungen in der Gesetzgebung und die Europäische Kommission für unzureichende Vorschläge verantwortlich waren. Das mögen jetzige oder frühere Regierungen nicht gerne hören, aber es entspricht der Realität. Die EU-Kommission unter Präsident Barroso hat ihre Führung nicht wirksam wahrgenommen.

Wie sollen die Menschen Vertrauen in Europa und seine Institutionen erhalten, wenn jede Entscheidung in Frage gestellt wird und Entscheidungen auf allen politischen Ebenen, die Widerstand bei den betroffenen Bürgern erzeugen, auf Europa

"abgeschoben" werden? Niemand bestreitet, dass es eine überbordende europäische Bürokratie in Einzelfragen gegeben hat und gibt, aber auch niemand kann ernsthaft bestreiten, dass Deutschland mit seiner föderalen Struktur fast in allen Bereichen einen beachtlichen „Bürokratieaufschlag“ selbst zu verantworten hat. Ich will dabei das Europäische Parlament keineswegs von seiner Verantwortung als Mitgesetzgeber freisprechen. Auch bei uns haben in vielen Fällen „Gutmenschentum“ und „NGO-Lobbyarbeit“ zu Mehrheitsentscheidungen geführt, über die man trefflich streiten kann.

Der Leitantrag des Bundesvorstandes „Starkes Europa – gute Zukunft für Deutschland“ zeigt, dass die Christlich-Demokratische Union sich auch in Zukunft offensiv zu Europa bekennen wird.

- Dass dabei auch institutionelle Veränderungen und weitere Vertragsänderungen notwendig sind, ergibt sich schon aus der Diskussion um die Stabilitätsunion in der Eurozone.
- Dass Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht vor dem Europäischen Gerichtshof beklagt werden können, ist ein zweifelhaftes Verdienst der Regierung Schröder-Fischer, die dies im Konvent verhindert hat.
- Dass die Verpflichtungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts ins Primärrecht aufgenommen werden müssen, ist aus unserer Überzeugung erforderlich.

Der Leitantrag geht weit über die aktuelle verengte Debatte zum Rettungsschirm hinaus. Er fordert ein demokratisches Zweikammersystem, in dem neben der Europäischen Kommission auch das Europäische Parlament und der Ministerrat das Initiativrecht für die EU-Gesetzgebung erhalten sollen. Der Antrag fordert einen direkt gewählten europäischen Kommissionspräsidenten dessen Position durch ein Votum der Bürger massiv gestärkt werden könnte.

Wir fordern aber mit Nachdruck, dass diejenigen Staaten, die die Solidarität der anderen beanspruchen, weil sie selbst ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben, sich der strikten europäischen Überprüfung und Vorgabe unterwerfen müssen.

Gerade in diesen Zeiten, in denen in der großen Mehrzahl der Mitgliedstaaten christdemokratische und bürgerliche Parteien an der Regierung sind, sind wir, die europäischen Christdemokraten, besonders gefordert, Wege aus der Krise zu finden und dafür zu sorgen, dass Europa politisch und wirtschaftlich gestärkt wird. Dabei darf nicht verschwiegen werden, dass es in der Verschuldungskrise der Eurostaaten im Kern auch darum geht, welche Aufgaben die Staaten in Zukunft in einer globalisierten Wirtschaft haben und ob das Modell der Sozialen Marktwirtschaft Leitbild bleiben wird. Und es geht auch darum, dass in der Eurozone die Solidarität anderer Staaten nur dann eingefordert werden kann, wenn man selbst seine Hausaufgaben gemacht hat und die Verantwortung für den eigenen Staatshaushalt, vor allem für die Verschuldung, für die Wettbewerbsfähigkeit und die Einhaltung europäischer Vorschriften wahrgenommen hat.

Während Deutschland mit der Schuldenbremse und mit den Reformen am Arbeitsmarkt und in der sozialen Sicherung den Strukturwandel seit der Einführung des Euros offensiv angegangen ist, haben andere Länder die Vorteile der niedrigen Zinsen für Ihre Staatsverschuldung nicht für überfällige Strukturreformen genutzt, sondern den Staatssektor ausgeweitet und die beachtlichen Vorteile verkonsumiert. Sinkende Wettbewerbsfähigkeit nun aber so anzugehen, dass man die wettbewerbsfähigen Länder bestrafen will, ist ein Irrweg, den die Parlamentsmehrheit bei den Beratungen zur Schärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts gemeinsam mit der Bundesregierung gerade noch verhindern konnte.

Während in der EU-Kommission seit Jahren der „rote Faden“ fehlt, gibt es in der Verschuldungskrise der Eurostaaten schon lange einen „roten Faden“. Mit Ausnahme von Griechenland, in dem es zwischenzeitlich seit der Gründung des Euros auch eine konservativ orientierte Regierung gegeben hat, sind fast alle EU-Länder, die in Problemen sind oder waren in den letzten Jahren, sozialistisch, bzw. sozialdemokratisch regiert worden. **Portugal, Spanien, Deutschland bis 2005, Griechenland vor 2003 und nach 2009, Irland innerhalb der Eurozone, sowie Großbritannien, Ungarn und Lettland außerhalb der Eurozone.**

Wie ein roter Faden zieht sich deshalb durch die jetzigen Krisenländer die sozialdemokratische Verantwortung und Schuldenpolitik, nicht erst seit dem Bruch

des Stabilitäts- und Wachstumspakts durch die deutsche Bundesregierung unter Schröder, Eichel und Fischer.

Die von der deutschen Sozialdemokratie angefangene Diskussion über die Einführung von Eurobonds belegt, dass die Sozialdemokraten eigene Anstrengungen hinter die Vergemeinschaftung von europäischen Schulden stellen wollen. Dass dabei der frühere sozialliberale belgische Regierungschef Verhofstadt, der heute Fraktionsvorsitzender der Liberalen im Europäischen Parlament ist, ebenfalls Eurobonds vehement fordert, mag zum Teil an der hohen Verschuldung Belgiens liegen, widerlegt allerdings die grundsätzliche Verantwortung der Sozialisten in Europa nicht.

Noch vor nicht allzu langer Zeit, während der spanischen Ratspräsidentschaft, haben die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, unter Führung ihres Fraktionsvorsitzenden Martin Schulz, Spanien als das Musterland Europas gefeiert. Jeder von uns weiß, dass sich Europa eine über 20%ige Arbeitslosenquote und eine über 40%ige Jugendarbeitslosenquote, wie sie traurige Realität in Spanien ist, nicht erlauben kann. Und ob der Liberale Oli Rehn, der ein persönlich integrier Mann ist, als neu ernannter Vizepräsident der Europäischen Kommission mit der Verantwortung für die Eurozone tatsächlich die Durchschlagskraft entwickeln kann, entwickeln will und entwickeln darf, die notwendig wäre, um einzelne Staaten an ihre Verpflichtungen nicht nur zu erinnern, sondern dies auch durchzusetzen, wage ich zu bezweifeln.

Trotz dieser eher nüchternen Bestandsaufnahme gibt es aus meiner Überzeugung keinen Weg zu weniger Europa, sondern die gemeinsame Verantwortung, Europa zu stärken und zu stabilisieren. Die Vertragslücken, die in den 90er Jahren auf dem Weg zu einer stärkeren politischen Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik und auf dem Weg zu einer politischen Union nicht mehrheitsfähig waren, müssen geschlossen werden.

Die Frage, ob Griechenland auf Dauer in der Eurozone verbleiben kann, hat die Kanzlerin am Rande des G 20 Treffens in Cannes zu Recht gestellt. Und ob Europa auf Dauer die Blockade Großbritanniens in der Finanzmarktregulierung hinnehmen

kann, ist eine ähnlich bedeutsame Frage. Dafür hat der Lissabonner Vertrag Mehrheitsentscheidungen eingeführt: Qualifizierte Mehrheiten im Ministerrat - und zwar die Mehrheit der Staaten, die gleichzeitig mindestens 65% der Bevölkerung repräsentieren müssen, also eine doppelte Mehrheit - und die Mehrheit im direkt gewählten Europäischen Parlament.

Wer behauptet, die demokratische Substanz Europas auf der Grundlage des Lissabonner Vertrages reiche für weitreichende Entscheidungen nicht aus, der ist entweder nicht ausreichend informiert, oder will den quantitativen Sprung, den der Lissabonner Vertrag in den Entscheidungsstrukturen Europas ermöglicht hat, nicht wahrhaben oder sogar rückgängig machen.

Wenn alle Entscheidungen, etwa in der Finanzmarktregulierung, die dem Mitgliedsstaat Großbritannien nicht gefallen, blockiert werden oder auf die Ebene der Einstimmigkeit auf „Gipfelhöhe“ gezogen werden, dann ist die demokratische Substanz des Lissabon Vertrages schon zerstört, bevor sich die Institutionen und die Bürger an ihn gewöhnt haben.

Auch das Argument des Bundesverfassungsgerichts, das Europäische Parlament sei wegen der mangelnden Vergleichbarkeit der Europamandate in einzelnen Mitgliedsstaaten nicht demokratisch legitimiert, mag von manchem, wo auch immer, für gut befunden worden sein. Ich bin allerdings felsenfest davon überzeugt, dass die demokratische Substanz und Verantwortung, mit der im Mitentscheidungsverfahren von Rat und Parlament europäische Gesetzgebung entschieden und beschlossen wird, höheren Demokratiestandards entspricht, als dies in vielen Mitgliedsstaaten der Fall ist.

In seinem jüngsten Urteil zur 5%-Klausel bei der Europawahl hat das Bundesverfassungsgericht mit einer 5:3-Entscheidung die gewachsene politische Verantwortung des Parlaments nicht ausreichend gewürdigt, wie zwei Richter in ihrem Sondervotum festgestellt haben. Es droht ein erheblicher Verlust an parlamentarischer Gestaltungskraft, wenn künftig deutsche Interessen und Mandate von immer mehr Kleinstgruppen besetzt werden.

Dass die Rechte der kleinen Mitgliedsstaaten ausreichend gewahrt werden, war für christdemokratische Kanzler immer eine der wichtigsten Grundlagen deutscher Europapolitik. Oder kann sich jemand vorstellen, dass Malta, Zypern und Luxemburg nur einen einzigen Abgeordneten in einem direkt gewählten Europäischen Parlament stellen? Wer weiß eigentlich, dass Gerhard Schröder während seiner Kanzlerschaft bei den Verhandlungen des Nizza-Vertrages auf drei deutsche Sitze verzichtet hat, was nachher im Konvent nicht korrigiert werden konnte und damit auch nach dem Lissabonner Vertrag ab 2014 geltendes Recht sein wird?

Die Europäische Union ist kein Bundesstaat wie die Bundesrepublik Deutschland. Die Europäische Union wird auch nicht zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ werden. Sie ist ein Gebilde "sui generis", dessen demokratische Substanz auf der Gemeinschaftsmethode mit demokratischen gewählten Institutionen beruht und bei dem die eine Ebene die andere nicht auf Dauer in Frage stellen darf und kann, wenn die Bürger das Vertrauen in die Institutionen nicht verlieren sollen.

Um dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat mehr Rechte in der Europapolitik gegenüber der Regierung einzuräumen, die sie früher kaum wahrgenommen haben, war der Umweg über das Argument einer mangelnden demokratischen Substanz der europäischen Entscheidungsprozesse nicht richtig und an den Haaren herbeigezogen.

Richtig ist allerdings auch, dass Europa nur für die Dinge zuständig ist, die in den Verträgen von den Mitgliedsstaaten auf die europäische Ebene abgegeben wurden und für die die Mitgliedsstaaten expliziten Souveränitätsverzicht beschlossen haben. Eine Generalermächtigung für europäisches Handeln gibt es weder für die Europäische Kommission noch für das Europäische Parlament, noch für die Regierungen der Mitgliedsstaaten, es sei denn in den eng umschriebenen Grenzen der einschlägigen Artikel wie z.B. Art. 122 und 136 der geltenden EU-Verträge. Deshalb kann und darf nach meiner Überzeugung die „No-bail-Out Klausel“ des Art. 125 im Rahmen der notwendigen Vertragsänderungen nicht zur Disposition gestellt werden, wer auch immer seiner Fantasie freien Lauf lässt.

Die 42 CDU/CSU-Abgeordneten haben in den vergangen zweieinhalb Jahren, seit der Europawahl im Juni 2009, in verantwortlichen Funktionen im Europäischen Parlament die europäische Politik mitgestaltet. Aus unseren Reihen kommen 3 von 22 Ausschussvorsitzenden, in einem Parlament mit insgesamt 736 Abgeordneten. Wir stellen 9 Obleute in der Fraktion, mit Rainer Wieland einen Vizepräsidenten nach dem früheren Präsidenten Prof. Pöttering, sind in der Fraktionsspitze bestens durch den CSU-Kollegen Manfred Weber vertreten und bemühen uns um einen engen Kontakt mit der Bundesregierung, den Landesregierungen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sowie den Landtagsfraktionen von CDU und CSU.

Dass dabei auch unterschiedliche Auffassungen auftreten und ausgetragen werden, gehört zum Wesen der Demokratie. Wir sind der gemeinsamen christdemokratischen Verantwortung für Europa verpflichtet. Aber wir alle in der Verantwortung, Sie als Delegierte und wir als Abgeordnete, haben die Verpflichtung, unseren Bürgern Europa nicht nur zu erklären, sondern für die europäische Idee zu werben. Die 27 Mitgliedstaaten Europas, auch Deutschland, sind zu klein, um in Zeiten der Globalisierung bestehen zu können.

Unser europäisches Schicksal entscheidet sich nicht in Griechenland und Veränderungen der Währungsunion müssen nicht zwangsläufig zu einem Ende Europas führen, aber ob wir in den nächsten Jahrzehnten unser demokratisches Modell, unserem Wohlstand und unsere soziale Sicherheit in Frieden und Freiheit bewahren können, darüber müssen wir uns einig sein: Dies geht nur mit einem stabilen und starken Europa und nicht mit weniger Europa oder mit neuen Formen der nationalen Verantwortung oder sogar des Protektionismus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich aus der vielfältigen Gesetzesarbeit und den politischen Initiativen im Europäischen Parlament einige wenige Schwerpunkte der bisherigen Legislaturperiode nennen:

Dies kann kein umfassender Überblick sein, da die wichtigen europäischen Themen der Zukunft der Agrarpolitik, der Struktur- und Kohäsionspolitik, der europäischen

Forschungsförderung, des künftigen Finanzrahmens und der Finanzausstattung der Europäischen Union im Jahr 2012 intensiv diskutiert und möglicherweise entschieden werden. Zu allen diesen Themen hat die CDU/ CSU-Gruppe Positionspapiere erarbeitet, die öffentlich zugänglich sind und die wir in die Entscheidungsfindung einbringen werden.

Unabhängig davon waren in den vergangenen zwei Jahren andere Themen im Vordergrund der politischen Debatte:

- Die Finanzmarktregulierung
- Die Stabilisierung einzelner Euroländer
- Die Schärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts
- Die Energiepolitik, speziell die Energieeffizienz und die Energieversorgungssicherheit
- Der demokratische Wandel in Nordafrika und der arabischen Welt
- Die Migrationspolitik
- Die Konsolidierung der EU 27
- Der Ausbau des europäischen Binnenmarktes
- Die Verbraucherrechte der EU-Bürger
- Die Rolle der EU in der globalisierten Welt

Diese Punkte werden im Folgenden kurz behandelt, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise trifft Europa in einer Zeit, in der christdemokratische und bürgerliche Parteien die Regierungen in der großen Mehrzahl der Mitgliedstaaten stellen. Die Europäischen Christdemokraten haben daher eine besondere Verantwortung dafür, Wege aus der Krise zu finden und dafür zu sorgen, dass Europa politisch und wirtschaftlich gestärkt aus der Krise hervorgeht. Dies gilt in besonderem Maße für die CDU. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass es die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder und Fischer war, die trotz

vielfältiger Bedenken und Gegenstimmen im Jahr 2000 die nachträgliche Aufnahme Griechenlands in die Eurozone durchgesetzt hatte. Und es war auch die rot-grüne Bundesregierung, die gemeinsam mit Frankreich mehrfach die Verschuldungsgrenzen des Stabilitäts- und Wachstumspakts gebrochen hat.

Die aktuelle Krise der Staatsverschuldung stellt die Euroländer und damit auch den Euro erstmals auf eine ernste Bewährungsprobe. Die gemeinsame europäische Währung war in ihren ersten Jahren bis zur weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ein unangefochtenes Erfolgsmodell. Bis heute ist der Euro nach innen stabil mit niedrigen Inflationsraten und behauptet sich nach außen fest gegenüber der Leitwährung Dollar und den wichtigen Währungen aufstrebender Schwellenländer.

Einzelne Euro-Mitgliedstaaten wie auch Deutschland haben sich mit Reformen am Arbeitsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen dem Strukturwandel offensiv gestellt. Deutschland ist es gelungen, mit den Tarifpartnern eine zurückhaltende Lohnpolitik zu vereinbaren. Die Erfolge eines starken gewerblichen und industriellen Mittelstands und der international wettbewerbsfähigen Exportunternehmen haben die Wirtschaftskraft Deutschlands auch in der Krise weiter gefestigt.

Mit der „Schuldenbremse“ für alle staatlichen Ebenen ist darüber hinaus die Grundlage für die Reduzierung der Neuverschuldung gelegt worden.

Andere Euroländer, vor allem im Süden Europas, sind andere Wege gegangen. So hat unter anderem Griechenland den Währungsvorteil der niedrigen Zinsen nicht für eine zukunftsgerichtete Erneuerung und Konsolidierung genutzt, sondern mit Krediten den Staatssektor ausgeweitet. Die Iren haben neben wettbewerbsverzerrender Steuerpolitik und mangelhafter Aufsicht am Finanzmarkt Bestandsgarantien für zu große Banken übernommen, die das Staatsdefizit allein 2010 um 30,6% gesteigert haben. Portugal wiederum leidet traditionell unter einer Strukturschwäche, die nicht von heute auf morgen zu beseitigen sein wird.

Dass Euro-Staaten massiv bedroht sind, weist zudem über sie hinaus auf politische, wirtschaftliche und strukturelle Mängel der Euro-Zone und der

institutionellen Verfassung der Europäischen Union auch nach dem Lissabon-Vertrag hin.

Die EU muss ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Die gemeinsame Währung braucht eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik. Zunächst sind die Möglichkeiten des Vertrags von Lissabon voll auszuschöpfen. Lösungen außerhalb der Verträge kann es nur für einen Übergangszeitraum geben.

Dabei wird die CDU/CSU-Gruppe immer wieder auf die Bedeutung der Gemeinschaftsmethode hinweisen, die für eine Übergangszeit durch intergouvernementale Vereinbarungen ergänzt werden kann.

Jeder Mitgliedstaat muss sich an die Regeln halten. Die Kommission muss mutiger und durchsetzungsstärker als bisher ihrer Rolle als Hüterin der Verträge wahrnehmen. Wer den Stabilitäts- und Wachstumspakt nach Kassenlage aufweicht, wie dies die rot-grüne deutsche Bundesregierung unter Führung von Schröder und Fischer gemacht hat, legt die Axt an die Europäische Union.

Die CDU/CSU-Gruppe hat im Europäischen Parlament im September 2011 eine wichtige Verschärfung der Stabilitätsregeln durch vier Richtlinien und zwei Verordnungen, die als „Sixpack“ bezeichnet werden, mit durchgesetzt. Sie sollen wesentlich mit dazu beitragen, die derzeitige Staatsschuldenkrise in Europa zu überwinden. Defizitsünder werden zukünftig früher und härter bestraft, die EU-Kommission wird gegenüber den Mitgliedstaaten gestärkt.

Das Maßnahmenpaket, auch die vorgesehene Haushaltsbeurteilung durch die EU-Kommission, ist ein wichtiger Baustein für die angestrebte europäische Wirtschaftsregierung. Künftig kann die Kommission in die nationalen Haushaltsplanungen der 17 Eurostaaten eingreifen, wenn sie den Verpflichtungen des Stabilitätspaktes widersprechen.

Ziel ist es, dass jedes Euroland eine Schuldenbremse, ähnlich der in Deutschland, einführt. Das Fälschen von Statistiken, wie in Griechenland geschehen, wird künftig mit Strafen geahndet.

Dabei ist es gelungen, halbautomatische Sanktionen für potenzielle Defizitsünder gegen den Widerstand des Ministerrats auch in den vorbeugenden Bereich des Stabilitätspakts einzuführen.

Die EU muss verstärkt Instrumente gegen Angriffe auf die Euroländer entwickeln. Der Euro-Rettungsschirm (EFSF) und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) bringen Fortschritte. Defizitländer müssen künftig starken Kontrollen und Einflussmaßnahmen bis hin zur Einschränkung von Souveränitätsrechten ausgesetzt werden, wohingegen die Länder, die bürgen, nicht unverhältnismäßig belastet werden dürfen.

Notwendige Bedingung für europäische Solidarität ist die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten. Garantieleistungen werden nur bei strikter Stabilitätspolitik gewährt. Aus der Haftungsgemeinschaft Eurozone kann so eine auf Eigenverantwortung beruhende Stabilitätsgemeinschaft werden.

Der überdimensional gewachsene Finanzsektor braucht schnellstmöglich einen europäischen und globalen Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft, da nationale Gesetzgebung umgangen wird. Wie die G20-Staaten bereits 2009 beschlossen haben, soll jedes Produkt, jeder Akteur und jeder Handelsplatz einer Mindestregulierung unterworfen werden. Nur durch Risikovorsorge und Eigenkapitalunterlegung kann der Finanzsektor wieder näher an die Bedürfnisse der Realwirtschaft herangeführt werden und sich auf seine Aufgabe als Dienstleister für Unternehmen, Staaten und Konsumenten konzentrieren. Dabei sind Besoldungssysteme und Anreizstrukturen zu schaffen, die Eigenverantwortung und Risikovorsorge stärker verwirklichen.

Die europäische Aufsicht über Banken, Börsen und Versicherungen ist bereits gegen den Widerstand einzelner Länder gestärkt worden. Die Regeln für die Kapitalausstattung der Banken werden ausgebaut. Ziel ist eine Regulierung und eine „Entschleunigung der Märkte“ zugunsten von größerer Transparenz und Berechenbarkeit. Die US-Ratingagenturen stellen kein Frühwarnsystem dar, sondern sind Krisenverstärker. Europa muss dazu bald eine eigene Antwort finden.

Wir brauchen eine europäische und globale Transaktionssteuer, um auch den Finanzsektor an den gesellschaftlichen Kosten zu beteiligen. Es ist zu prüfen, ob die EU-Eigenmittel aus dieser bedient und sie so - bei entsprechender Kürzung der nationalen Beiträge - wieder auf ihren ursprünglichen Stand gebracht werden könnten.

Die CDU/CSU-Gruppe stimmt mit der Bundeskanzlerin überein, dass die Lehre aus der Krise eindeutig ist: Wir brauchen mehr Europa. Deshalb ist auch eine moderate Änderung der vertraglichen Grundlagen der EU erforderlich. Die ergriffenen Maßnahmen müssen nach der "Gemeinschaftsmethode" mit den EU-Verträgen übereinstimmen. Diese Vertragsänderung muss unter Einbeziehung der nationalen Parlamente und des Europaparlaments erfolgen.

Wir sprechen uns dafür aus, die Einhaltung aller sekundärrechtlichen Bestimmungen, gerade auch jener des Stabilitäts- und Wachstumspakts, der gerichtlichen Überprüfung durch den Europäischen Gerichtshof zugänglich zu machen.

Aus unserer Sicht ist eine „Wirtschaftsregierung“ zur Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik erforderlich. Sie darf die Unabhängigkeit der EZB nicht gefährden, deren prioritäre Aufgabe die Gewährleistung der Geldwertstabilität ist. Die nationalen Parlamente behalten die alleinige Kontrolle über nationale Haushalte. Das gilt auch für Gewährleistungen beziehungsweise Mittel des EFSF und ESM. Die gesamteuropäische Kontrolle des Regelwerks einer Wirtschaftsregierung und der verschiedenen Instrumente sollte mittelfristig vorwiegend dem Europäischen Parlament obliegen.

Schon im Jahr 2011 leben sieben Milliarden Menschen auf unserem Planeten und streben nach Wohlstand. Prognosen zufolge wird sich die globale Energienachfrage insgesamt bis zum Jahr 2050 in etwa verdoppeln und die Anzahl der PKW fast verdreifachen. Gleichzeitig werden die CO₂-Emissionen steigen.

Für die meisten Staaten bildet preiswerte, sichere und umweltfreundliche Energie den Schlüssel zu mehr Wohlstand. Die Förderkosten für Erdöl- und Erdgas steigen trotz Technologiefortschritten. Mittelfristig ist eine Verteuerung

dieser fossilen Brennstoffe unausweichlich. Fossile Brennstoffe sind endlich und viele Förderländer politisch instabil. Die Energieinfrastruktur vor allem im Strom- und Gasbereich ist unvollständig und im Bereich der erneuerbaren Energien bestehen die Herausforderungen in einer zu geringen Menge, begrenzten Speicherkapazitäten und hohen Preisen.

Die große Herausforderung liegt also in der zuverlässigen, erschwinglichen und nachhaltigen Sicherung der Energieversorgung bei gleichzeitiger Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft als Grundlage für den Wohlstand der Bürger sowie der Bekämpfung des Klimawandels.

Wie muss eine effiziente Energiepolitik der kommenden Jahre und Jahrzehnte unter Berücksichtigung der Klimaziele aussehen?

Die CDU/CSU-Gruppe fordert eine ganzheitliche Betrachtung der Energiepolitik. Bei künftigen energie- und klimapolitischen Entscheidungen gilt es, die Balance zu finden zwischen den 2008 festgelegten Klimaschutzzielen der EU, den supranationalen, nationalen, regionalen und lokalen Maßnahmen sowie zwischen realistischen lang-, kurz- und mittelfristigen Zielen.

Die Reaktorkatastrophe im Kernkraftwerk Fukushima vor acht Monaten hat erhebliche Veränderungen hervorgerufen. Die Bundesregierung hat im Sommer dieses Jahres die Energiewende, die frühzeitige Änderung des deutschen Energiemix, beschlossen. Diese Entscheidung wurde innerhalb Europas auf vielen Ebenen diskutiert, die Vorgehensweise teils heftig kritisiert und Deutschlands Entscheidung als gemeinschaftsfeindlich beurteilt.

Dass die Diskussionen und die Forschung im Bereich Kernkraft nicht bei der Abschaltung deutscher Kraftwerke enden, zeigt die Entscheidung vieler Staaten weltweit für die weitere Nutzung der Kernkraft. Die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und die Lagerung radioaktiver Abfälle müssen in Deutschland und in der EU dringend gelöst werden.

Die Vollendung der Energiebinnenmärkte ist die Grundlage für den Ausbau erneuerbarer Energien, für die Versorgungssicherheit und für die Verhinderung

von Energiearmut. Die Mitgliedstaaten müssen die bestehenden europäischen Regeln schnell in nationales Recht umsetzen, damit Verbraucher und Mittelstand rasch von ihnen profitieren.

Fakt ist, dass Europa derzeit auf keinen einzelnen Energieträger verzichten kann und Versorgungssicherheit nur mit einem breiten Energiemix denkbar ist. Die Entscheidung über die Nutzung unterschiedlicher Ressourcen oder Technologien obliegt jedem einzelnen Mitgliedstaat. Die Auswirkungen sind allerdings jetzt schon grenzüberschreitend spürbar. Je fortgeschrittener der Ausbau grenzüberschreitender Leitungen und Kooperationen ist, desto höher ist das Niveau der Versorgungssicherheit. Deutschland wird aufgrund der Energiewende in den kommenden Jahren verstärkt auf Importe aus benachbarten Mitgliedstaaten angewiesen sein.

Aktuell berät das Europäische Parlament im Mitentscheidungsverfahren die Revision der Energieeffizienzrichtlinie. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt die Aufklärung der Verbraucher über den Energieverbrauch bestimmter Produkte und anerkennt die Steigerung der Effizienz als Maßnahme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und des Mittelstands. Allerdings ziehen wir nationale Maßnahmen der Mitgliedstaaten den von der Kommission vorgeschlagenen verbindlichen Energieeffizienzzielen vor.

Erneuerbare Energien müssen ausgebaut und als Zukunftstechnologien vorangebracht werden. Dazu gehört auch, dass die Erzeugungsstandorte in ganz Europa effizienter verknüpft und genutzt werden. Energiegewinnung aus Sonnenkraft, Wind und Wasser muss dort unterstützt werden, wo die günstigsten naturräumlichen Gegebenheiten herrschen. Deutschland kann insofern zum Beispiel in der Forschung erneuerbarer Energien und bei den Speichertechnologien eine Pionierrolle einnehmen.

Sicher bedarf es einer neuen Austarierung zwischen Umweltschutz und Infrastrukturbedarf. Es ist dringend notwendig, dass neben den ökologischen künftig auch den ökonomischen Gesichtspunkten Rechnung getragen wird. Der Ausbau neuer Energien erfordert die Betrachtung der gesamten Versorgungskette inklusive

Speicherung und Transport. Für notwendige Infrastrukturmaßnahmen wie Überlandleitungen oder Windparks sind sowohl der Rückhalt in der Bevölkerung als auch schnellere Genehmigungsverfahren unabdingbar. EU-Energiekommissar Günther Oettinger, mit dem wir eng zusammenarbeiten, leistet sehr gute Arbeit.

Der Anteil erneuerbarer Energien an der Energieherstellung wächst in ganz Europa. Um auch im Notfall Versorgungssicherheit wahren zu können, bedarf es eines gemeinsamen europäischen Energienetzes.

Benötigt wird die Vernetzung sowohl unter Wasser für die Windparks in der Nordsee als auch über Land beispielsweise im Elsass oder für Leitungen aus dem sonnigen Süden, wo Photovoltaik aufgrund von mehr Sonnenstunden effektiver ist als bei uns. Dies erfordert auch Partnerabkommen mit Nicht-EU-Mitgliedern wie der Schweiz, gegebenenfalls Änderungen nationaler Regelungen (wie dem deutschen Energieeinspeisegesetz) sowie eine zeitliche und fachliche Koordination.

Die deutsche Energiewende ist ein bislang einmaliges energiepolitisches Gesamtkonzept zur effizienten und regenerativen Nutzung von Energieressourcen bei gleichzeitigem Ausstieg aus der Kernenergie. Kurzfristig wird dies zu einer Verschlechterung der deutschen Klimabilanz führen, da fossile Kraftwerke zumindest einen Teil des Ausfalls ausgleichen werden. Energieforschung bildet den Schlüssel für die Lösung zahlreicher Zukunftsprobleme. Daher müssen Forschungsförderung und der Ausbau der Energieinfrastruktur besondere Beachtung erfahren.

Damit die deutsche Energiewende ein Erfolg wird, darf sie kein "egoistisches" deutsches Projekt bleiben. Europa und viele andere Regionen weltweit beobachten uns und die Entwicklung unserer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Deutschland muss seine Vorreiterrolle nutzen, um neue europäische Steuerungsinstrumente zu gestalten und die Vollendung des Energiebinnenmarkts voranzutreiben.

Dass dabei die Endverbraucher und die kleinen und mittleren Unternehmen bei der Umsetzung nicht zusätzlich belastet werden und eine Abwanderung der

energieintensiven Industriezweige, inklusive zahlreicher Arbeitsplätze, verhindert werden muss, ist für uns selbstverständlich.

Wirtschaftliches Wachstum muss in Deutschland und in der EU auch künftig möglich sein. Nur dann können wir den Wohlstand auch für künftige Generationen sichern.

Der europäische Einigungsprozess ist Beweis dafür, dass Stabilität, Freiheit, Wohlstand und dauerhafter Frieden nur in der Demokratie möglich sind. Wir sehen den Arabischen Frühling in verschiedenen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens aus diesem Grund als einmalige Chance: Die Menschen, die dort für Frieden und Freiheit kämpfen, sind unsere Partner, und die sich etablierenden Gesellschaften bilden ein neue Grundlage für die Ausrichtung der europäischen Nachbarschaftspolitik.

Nun sind die europäischen Staaten gefordert, den demokratischen Wandel und den Aufbau demokratischer Strukturen in den südlichen Nachbarstaaten der Europäischen Union aktiv voranzutreiben. Gemeinsame europäische Maßnahmen für den Wiederaufbau oder die Vorbereitung von freien Wahlen müssen verbindlich an die Einhaltung demokratischer Werte und Menschenrechte, wie zum Beispiel Religions- und Meinungsfreiheit, gebunden werden. So wie Deutschland nach dem 2. Weltkrieg solidarisch Hilfe von außen erhalten hat und dadurch zu Recht, Wohlstand und letztendlich zur Wiedervereinigung gelangte, muss nun die EU die Reformbestrebungen solidarisch, zielführend und nachhaltig begleiten.

Auch wenn Europa die arabische Revolution als Chance und nicht als Bedrohung begreift, stellen und stellen Migrationsströme als Folge der Umwälzungen den Schutz der EU-Außengrenzen vor Herausforderungen. Ein Vorgehen wie das Italiens, das seiner Pflicht nicht nachkam, gemäß Dublin II-Verordnung sich der Asylverfahren anzunehmen, sowie Frankreichs und Dänemarks, die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen wieder einzuführen und damit am Schengener Abkommen zu rütteln, stellen nationale Egoismen vor die europäische Idee. Dabei stellt doch gerade das Reisen ohne Kontrollen an den Binnengrenzen eine der größten Errungenschaften der EU dar. Dies ist ein Beispiel, das allen Bürgern den Mehrwert Europas praktisch vor Augen führen kann.

Das eigenmächtige Vorgehen Dänemarks und Frankreichs veranlasste die Europäische Kommission, einen neuen Mechanismus zur Einführung nationaler Kontrollen an den Binnengrenzen zu erarbeiten. Die CDU/CSU-Gruppe ist der Ansicht, dass Kommission und Mitgliedstaaten gemeinsam über den geeigneten Mechanismus entscheiden sollten. Einerseits, um nationale Egoismen zu vermeiden, andererseits aber auch, um die nationale Kompetenz der Gewährung der inneren Sicherheit aufrechtzuerhalten. Die Verhandlungen hierzu werden sicherlich nicht einfach werden.

Die Fragen, welche Migrations- und Flüchtlingspolitik für Europa richtig ist und wie wir unsere Außengrenzen schützen, stellen sich angesichts der neuen Herausforderungen anders als früher. Dabei sollten wir folgende Grundsätze nicht aus den Augen verlieren:

Europa muss den wirklich Schutzbedürftigen Zuflucht gewähren und ihnen rasch und effektiv helfen. Im Vordergrund sollten die Opfer von Diktaturen sowie Kriegs- und Bürgerkriegssituationen stehen. Personen, die nicht schutzbedürftig sind, sollten allerdings unverzüglich in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

Um die Integrität eines Asylsystems und dessen Akzeptanz in der Bevölkerung zu sichern, ist es unentbehrlich, dass rasche, gerechte und klare Entscheidungen ermöglicht werden. Bedauerlicherweise weichen die Gesetzesvorschläge der Europäischen Kommission von diesen Forderungen stark ab. Der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist es nach harten Verhandlungen mit Rat und Kommission bei der Asylqualifikationsrichtlinie gelungen, nahezu alle ihre Positionen durchzusetzen und den Richtlinienentwurf in vielen kontrovers diskutierten Punkten zu korrigieren. Bei der Asylverfahrens-Richtlinie sowie bei der Richtlinie zu den Aufnahmebedingungen sind auch die von uns eingeforderten Neuvorschläge der Kommission eher enttäuschend. Auch hier werden wir uns auf komplizierte und langwierige Verhandlungen einstellen müssen.

Beim Schutz der Außengrenzen sind in erster Linie die Mitgliedstaaten in Randlage in der Verantwortung. Griechenland war lange mit der Sicherung seiner Außengrenze

überfordert. Die Entscheidung, die EU-Agentur Frontex dort mit der Sicherung der Außengrenze zu beauftragen, war richtig und spiegelt den Gedanken europäischer Solidarität wider.

Die Gründung der Agentur Frontex, die in der Öffentlichkeit zu Unrecht oft mit Vorwürfen der Verletzung von Menschenrechten zu kämpfen hat, kann in der Tat als Meilenstein beim Schutz der Außengrenzen genannt werden. Seit der Aufnahme ihrer Tätigkeit im Jahre 2005 hat die Agentur einen beachtlichen Entwicklungsprozess durchlaufen, so dass sich die europäischen Institutionen für eine Stärkung der Agentur einsetzten. Durch die eingeleitete Änderung der Frontex-Verordnung konnten wesentliche Errungenschaften erzielt werden, die die CDU/CSU-Abgeordneten energisch forciert haben. Hierzu zählen insbesondere die Stärkung der Effektivität und der Sichtbarkeit der Agentur, ihre demokratische Überprüfung durch das Europäische Parlament sowie die Verbesserung der Überwachung und des Schutzes der Menschenrechte. Neben den Mitgliedstaaten müssen aber auch die Beitrittskandidaten ihrer Verantwortung nachkommen: Die Türkei billigt derzeit die illegale Einwanderung über den Grenzfluss Evros nach Griechenland. Für eine wirksame Grenzüberwachung und eine operative Zusammenarbeit mit Frontex scheint sie nur bereit zu sein, falls ihr die EU im Gegenzug Zugeständnisse gewährt. Ein solches Verhalten ist nicht hinnehmbar!

Der jüngste Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zur Türkei übt ungewohnt scharfe Kritik am Rückgang der Reformanstrengungen. Immer noch werden Grundrechte, beispielsweise das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit und der Schutz von Frauen sowie religiösen Minderheiten verletzt. Durch die Ankündigung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Besir Atalay, die Beziehungen zur EU während der Ratspräsidentschaft Zyperns im zweiten Halbjahr 2012 einzufrieren und eine Krise mit der EU heraufzubeschwören, disqualifiziert sich die Türkei selbst. Wir fordern daher wiederholt den baldigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Die Europäische Kommission hat in ihren diesjährigen Fortschrittsberichten empfohlen, mit Serbien und Montenegro Beitrittsverhandlungen zu eröffnen. Die große Mehrheit der CDU/CSU-Abgeordneten ist allerdings der Überzeugung, dass sich nach den umfangreichen Erweiterungen der letzten Jahre und angesichts gravierender Herausforderungen wie der Bewältigung der europäischen

Schuldenkrise die EU nach dem 2013 anstehenden Beitritt Kroatiens und eines möglichen Beitritts des kleinen Inselstaates Island eine längere Phase der Konsolidierung braucht.

Die europäische Einigung hat erheblichen Anteil daran, dass wir Deutschen heute - wie niemals zuvor in unserer Geschichte - in **Frieden, Freiheit und Wohlstand** leben. Das Zusammenwachsen Europas hat dazu geführt, dass wir nicht isoliert oder geteilt sind, sondern mit unseren Nachbarn zusammen in einer Rechtsgemeinschaft leben. Die Europäische Union ist der Garant dafür, dass Konflikte in Europa am Verhandlungstisch gelöst werden. Ohne das Vertrauen, das aus dieser Gemeinschaft erwachsen ist, wäre die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich gewesen. Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts mit zwei verheerenden Weltkriegen lehrt uns, dass es im ureigensten deutschen Interesse ist, mit unseren Nachbarn und Partnern innerhalb der Europäischen Union eng verbunden zu sein. Europa ist und bleibt ein Garant von Frieden und Wohlstand.

Für ein Land wie Deutschland, das vom Export lebt, sind der europäische Binnenmarkt und die Währungsunion von zentraler Bedeutung. Deutschland hat davon einen großen wirtschaftlichen Nutzen, der die Kosten der EU-Mitgliedschaft weit übersteigt. Der Binnenmarkt, der mehr als 60 Prozent der deutschen Exporte ohne jegliche Handelsbeschränkungen und Zölle aufnimmt, ist der Heimatmarkt, der uns international stark macht. So werden in herausragender Weise Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland gesichert. Auch europäische Mindeststandards beim Arbeitsschutz und den Arbeitnehmerrechten schützen unsere Wettbewerbsfähigkeit. Die klaren Wettbewerbsregeln im Europäischen Binnenmarkt sichern leistungsgerechte Preise und hohe technologische Standards. Die EU fördert und gewährleistet einen fairen Wettbewerb und Preistransparenz. Das hat beispielsweise Telefonieren und Reisen preiswerter gemacht.

Mit seinen 82 Millionen Einwohnern hat Deutschland angesichts der dramatischen globalen Machtverschiebungen nur gemeinsam mit seinen europäischen Partnern das notwendige Gewicht, um seine Werte und Interessen international vertreten zu können. Kaum eine der großen

Herausforderungen der Gegenwart - wie die Folgen der Globalisierung, die Bekämpfung der Armut, die Bewältigung der internationalen Finanzkrise, Energieversorgungssicherheit und sauberes Wasser, Klimawandel, Terrorismus und Migration - kann von einem europäischen Nationalstaat allein bewältigt werden. Auch in unserer östlichen und südlichen Nachbarschaft kann nur ein gemeinsames europäisches Vorgehen im Rahmen der EU Krisen bewältigen und Chancen nutzen. Wenn Europa nicht gemeinsam handelt, wird es zum Spielball in einer neuen globalen Ordnung werden.

Aber nicht nur in den großen politischen Herausforderungen liegt die Begründung für das europäische Einigungswerk. In vielen alltäglichen Lebensbereichen nützt Europa den Bürgerinnen und Bürgern ganz konkret.

In allen 27 Mitgliedstaaten der EU gelten beispielsweise die gleichen Regeln beim **Verbraucherschutz**. Sämtliche in der Europäischen Union verkauften Produkte müssen sicher und verantwortbar sein. So hat die EU beispielsweise hohe gemeinsame Standards für Kinderspielzeug und Babynahrung festgelegt. Auf alle Waren gelten mindestens zwei Jahre Garantie. Das schafft Sicherheit beim grenzüberschreitenden Einkauf, auch im Internet. Strenge Kennzeichnungspflichten stellen beispielsweise sicher, dass nur Originalprodukte als solche verkauft werden dürfen. Bei Verspätungen im Bahn- und Flugverkehr stehen den Bürgern aufgrund europäischer Regelungen Entschädigungen zu.

Eine andere große europäische Errungenschaft sind die **Grundfreiheiten**: Jeder Bürger der Europäischen Union kann in jedem anderen EU-Land frei leben, reisen, wohnen, arbeiten, studieren und seine Bürgerrechte nutzen. Dies ist ein ungeheurer Fortschritt, den nicht nur die Bürgerinnen und Bürger der neuen Mitgliedstaaten nach jahrzehntelanger Abschottung schätzen. Diese Freiheiten müssen wir verteidigen gegen nationale, populistische Maßnahmen wie die Wiedereinführung von verdachtsunabhängigen Grenzkontrollen in Dänemark.

Die über Jahrzehnte erworbenen europäischen Errungenschaften - Frieden in Freiheit und Wohlstand, freies Reisen, eine gemeinsame Währung, sichere

Arbeitsplätze, besserer Umwelt- und Verbraucherschutz, die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas - zeigen, dass Europa für Deutschland unverzichtbar ist. Die aktuelle Krise auf den internationalen Finanzmärkten und die Schuldenkrise in einigen EU-Staaten haben uns eindrucksvoll vor Augen geführt, dass auch die heutigen Herausforderungen nur durch ein koordiniertes Vorgehen der europäischen Länder gemeistert werden können.

Die Lehre aus der derzeitigen Krise lautet: Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa, überall dort, wo europäische Lösungen notwendig sind. Gerade Deutschland profitiert stärker als alle anderen Staaten von der fortschreitenden europäischen Einigung.

Die CDU als die deutsche Europa-Partei war immer gleichzeitig Motor Europas und wirksame nationale Interessenvertretung. So muss es bleiben, denn Deutschland braucht Europa, weil Europa gut für Deutschland ist.

Politik in und für Europa aktiv zu betreiben, heißt aber auch die Bevölkerung, die Bürgerinnen und Bürger in den Wahlbezirken, die Parteimitglieder, die Kollegen in den Parlamenten auf Bundes- und Länderebene sowie die Gremien und Institutionen auf kommunaler Ebene auf dem europäischen Weg mitzunehmen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen über den politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Nutzen der deutschen EU-Mitgliedschaft noch besser und verständlicher als bisher informiert werden. Dafür sollte die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag jedes Jahr eine Kosten-Nutzen-Analyse der deutschen EU-Mitgliedschaft vorlegen und hierüber eine Plenardebatte führen.

Im vergangenen Jahr hat uns wieder eine große Anzahl von Bürgern und Kollegen in Straßburg und Brüssel besucht, um sich ein unmittelbares Bild von den nicht immer leicht verständlichen europäischen Entscheidungsprozessen zu machen. Viele von ihnen nutzen unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und unser breites Informationsangebot.

Als CDU/CSU-Gruppe oder als einzelne Abgeordnete haben wir in einer Vielzahl von Veranstaltungen über aktuelle, europäische Themen informiert, Sachfragen abgestimmt und Argumente aufgenommen. Die politische Abstimmung und Kooperation mit der Bundesregierung, der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den

Ministerpräsidenten und Europaministern der unionsgeführten Bundesländer, den Europapolitischen Sprechern der Unionsfraktionen in den Parlamenten sowie mit der Ebene der Fraktionsvorsitzenden von Bund und Ländern haben in vielen politischen Fragen einen erkennbaren Beitrag zur erfolgreichen Lösung geleistet.

Ziel der CDU/CSU-Gruppe ist dabei stets, die Geschlossenheit der Union als wichtigste politische Kraft Deutschlands in und für Europa zu nutzen. Eine frühzeitige Abstimmung gemeinsamer, politischer Positionen ist die Voraussetzung für unseren politischen Erfolg. Ich darf Ihnen deshalb im Namen der gesamten CDU/CSU-Gruppe sehr herzlich für die erfolgreiche Zusammenarbeit, die vielen positiven Beiträge und die große Unterstützung auch im vergangenen Jahr herzlich danken. Lassen Sie uns gemeinsam weiter dafür arbeiten, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Vertrauen in das europäische Einigungswerk zurückgewinnen und Europa in den Herzen der Menschen neu verankert wird.